

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/77

Bonn, den 23. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Breschen in Denkmauern geschlagen 60

Wahrheiten offen ausgesprochen -
Willy Brandt über die deutsch-französischen Beziehungen

Von Günter Markscheffel, z. Z. London

2a Politik kann telegen sein 56

Bildschirm im Dienst staatsbürgerlicher Bildung

Von Lothar Schwartz

3 - 4 Was ist der Friede wert ? 66

Bausteine einer zukunfts-trächtigen deutschen Ostpolitik

5 - 6 Unruhiges Spanien 74

Studenten als Schrittmacher für mehr Freiheit

6 Die Glosse: 25

Abendländisches Potpourri

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Breschen in Denkmauern geschlagen

Wahrheiten offen aussprechen -
Willy Brandt über die deutsch-französischen Beziehungen

Von Günter Markscheffel, z. Z. London

Einige Anzeichen deuten darauf hin, dass Willy Brandt in Washington und New York zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen gemachten Bemerkungen den politischen Einbahnstrassen-Denkern Kopfschmerzen bereiten. Das ist nicht verwunderlich, denn wenn Satzketzen aus logisch aufgebauten Reden herausgerissen und gar noch als Rohkost dem Zeitungsleser serviert werden, sollte niemanden erstaunen, dass hier und dort mit der Stirn gerunzelt wird.

Was hat Brandt zum deutsch-französischen Verhältnis gesagt? Bei mehreren Gelegenheiten und je nach den ihm gestellten Fragen dies:

In Deutschland, in Frankreich und in den USA soll man wissen, dass eine von Sozialdemokraten geführte Regierung die Deutschen, Franzosen und Amerikaner nicht auseinanderdividieren lassen wird.

Die von der SED geführte Bundesregierung wird klarmachen, dass Europa die Stärke und das Engagement der Amerikaner braucht, um seine Freiheit behaupten zu können.

Sie wird die deutsch-französische Freundschaft weiter ausbauen und festigen, und sie wird dafür sorgen, dass die Welt begreift, wie sehr Franzosen und Deutsche zur Wahrung des europäischen Erbes aufeinander angewiesen sind.

Aber, so sagte Brandt in einer seiner Reden in New York, Deutschland braucht überall Freunde, im Westen wie im Osten. Deshalb ist es notwendig, dass die deutsche Politik ohne Überheblichkeit überall dort wirksam wird, wo es gilt, auch die vielschichtigen Beziehungen anderer europäischer und außereuropäischer Staaten zu pflegen.

Dass zwischen Frankreich und Deutschland - auch wenn es mitunter schwergemacht wird - mögliche Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten mit grösster Intensität und Offenheit diskutiert und ausgeräumt werden müssen, ist angesichts der geographischen Lage beider Staaten eine zwingende Notwendigkeit; nicht nur im Interesse Frankreichs und Deutschlands, sondern auch im Interesse ganz Europas und der atlantischen Gemeinschaft.

Es mag sein, dass Staatspräsident de Gaulle ein schwieriger Partner ist. Dieser Mann, der in den vergangenen Jahrzehnten für sein Volk und für die freie Welt eine so grosse Bedeutung gewonnen hat, ist ohne Zweifel eigenwillig. Aber gerade er weiss ein offenes Wort zu schätzen und befasst sich eher mit Argumenten, die ihn zum Nachdenken zwingen, als mit Erklärungen, die über strittigen Fragen den Schleier des Zweifels schweben lassen.

Was könnte de Gaulle z.B. von einem deutschen Regierungschef halten, der gleichermassen in Washington, Rom, London, Paris oder gar Moskau sagt, er sei sich mit allen seinen Gesprächspartnern "völlig einig", während doch alle Welt weiss, dass dies zur Zeit gar nicht möglich ist, weil es eben Meinungsverschiedenheiten zum Teil schwerwiegender Art gibt.

Willy Brandt hat in Washington und New York - und natürlich jetzt auch hier in London - diese Wahrheiten offen ausgesprochen. Er hat neue Anregungen gegeben, die sicher bald zum Gegenstand von - hoffentlich! - sachlichen Diskussionen in Deutschland werden dürften.

Wenn nur d a s durch Brandts Hinweise erreicht werden sollte, wäre es schon ein Gewinn. Allzu häufig wird bei uns in Schablonen gedacht und allzu oft ist man bereit, die eine oder andere Überlegung und Anregung als "Grundsatzerklärung" zu werten. In Europa, aber auch in den USA, ist vieles in Fluss geraten. Hier und dort wird erkannt, dass Dogmen sehr leicht zu Denkmauern werden können. Also wird neu gedacht; es wird überlegt, ob denn immer alles richtig war und für alle Zeiten gültig sein kann, was gestern vielleicht als "der einzige Weg" gelten konnte.

Willy Brandts Reden in den USA haben in diese "Denkmauern" Breschen geschlagen, w i r müssen jedoch dafür sorgen, dass die Breschen offenbleiben, ja, dass sie grösser werden.

Politik kann telegen sein

D.Sch. Bei einer Erhebung über die Programmwünsche der Fernsichtnehmer in der Bundesrepublik haben Meinungsforscher ermittelt, daß immerhin 34 Prozent der befragten Bürger "Politik und Zeitgeschehen" als wichtigste Programmparte betrachten. Wenn auch die großen Zugnummern des Bildschirms im Bereich der Unterhaltung liegen, so haben die Erfahrungen doch gezeigt, daß nicht nur der eine oder andere Politiker, sondern auch die Politik selbst "telegen" sein kann. Dabei kommt es allerdings auf die "Machart" und Platzierung solcher Sendungen an.

Die Einbettung in populäre Abendprogramme oder das Vorhandensein einer "Lokomotive" - beispielsweise einer Sportübertragung der Eurovision - bewirkt jedenfalls sprunghafte Steigerungen in der Sehbeteiligung. Dazu ein Beispiel: Die Reihe des TV-Gastarbeiters Günter Gaus, "Zur Person", die nach Inhalt und Form zu einem Juwel in der Landschaft politischer Fernsehbeiträge geworden ist, kam durch eine attraktivere Programmumgebung zu stark erhöhten Einschaltquoten, die beim "Verhör" Fritz Kallers sogar eine Verdoppelung der 1964 ermittelten Durchschnittswerte erreichte. Die zunächst kritisch aufgenommenen und in der Fachwelt als "Konzession an die leichte Welle" aufgefaßten Änderungen im Mainzer Programmschema kamen teilweise auch den Dokumentarberichten zugute. Auch die Programmverantwortlichen bei der "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" haben der politischen Dokumentation noch mehr und bessere Zeiten eingeräumt. So wird der Westdeutsche Rundfunk am 21. Mai unter dem Titel "Monitor" eine weitere zeitkritische Reihe in das Gemeinschaftsprogramm einbringen, die künftig freitags mit dem "Bericht aus Bonn" alternieren soll.

Politik aus erster Hand und in Nahaufnahmen vermittelt auch die Reihe "Bürger fragen Prominente", die im Wechselturnus mit der sog. "Wesselsrunde" über die Mattscheiben flimmert. Was hier Staatsbürger im "Kreuzverhör" aus prominenten Politikern "herauskitzeln", übertraf schon mehrfach das Ergebnis mancher Fragestunde im Bundestag. Trotz dieser erfreulichen Feststellungen kann man sich doch des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß politische Diskussionsrunden wie auch Sendungen nach dem Motto "Meet the press" in unseren Fernsehprogrammen von Einsatz und Führung der Kameras wie auch vom Regiepult her noch eine Verlobendigung erfahren könnten.

Sicherlich kommt es hier vorwiegend auf das Wort an, das für den Bildschirm jedoch möglichst eindrucksvoll optisch ergänzt werden muß. Auch dieses Bemühen gehört dazu, wenn sich die Fernsichtnehmer künftig in noch größerer Zahl über Politik, ihre Zusammenhänge und ihre Akteure ins Bild setzen lassen sollen. Hier liegt jedenfalls eine große und auch reizvolle Aufgabe des Fernsehens, die ohne Aufdringlichkeit, aber mit Gewissenhaftigkeit, Verantwortungsbewußtsein und den besten gestalterischen Mitteln dieses Mediums angepackt zu werden verdient. Es gibt - wie gesagt - erfreuliche Ansatzpunkte in beiden Programmen.

Die Demokratie lebt vom Dialog. Er findet vorwiegend in den Parlamenten, zwischen und in den Parteien, vor allem aber auch in der Publizistik, statt. Jeder Bürger kann und soll daran teilnehmen; nicht nur als passiver Beobachter oder gar als kritikloser Konsument einer "Meinung von der Stange", sondern in der aktiven Rolle des Gesprächspartners, der Worte wachsam an der Wirklichkeit mißt.

Unter diesem Blickwinkel wäre es für die Zukunft überlegens- und wünschenswert, die den im Bundestag vertretenen Parteien eingeräumten Sendezeiten für Parteitage und Kongresse nicht mehr als "Pflichtübungen" an den Schluß der Abendprogramme zu setzen, sondern durch eine zeitlich günstigere Platzierung zu einer allgemein zugänglichen Informationsquelle werden zu lassen.

Was ist der Friede wert ?

Bausteine einer zukunftsträchtigen deutschen Ostpolitik

Diese Frage wird heute überall in der Welt gestellt, ohne daß sie befriedigend beantwortet werden könnte. Mit seinem Angebot zur Regelung der Vietnamkrise ist Präsident Johnson bei den Sowjets ebenso auf Ablehnung gestoßen, wie etwa Israel mit seinem Jordanprojekt bei den arabischen Staaten. Auch in Europa und Deutschland wird das Bemühen immer stärker, Lösungen zu suchen und zu finden.

Einige Politiker und Publizisten, allen voran die großen Illustrierten, versuchen uns einzureden, daß der Beitrag des deutschen Volkes zum Frieden in einem Verzicht auf seine Rechte bestehen sollte. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze wird dabei gewissermaßen als Voraussetzung betrachtet. Aber die "Anerkennung von Realitäten" östlicher Prägung beinhaltet auch die Hinnahme der Teilung Deutschlands. Die Identität mit den Nahzielen der "kommunistischen Friedenspolitik" ist nicht zu übersehen. Man kann indessen nur dann zu einer friedlichen und dauerhaften Regelung gelangen, wenn die Wurzeln des Unfriedens beseitigt werden. Außerdem würde die Anerkennung des Unrechts der Vertreibung und des Gebietsraubs die Feindschaft zwischen den Deutschen und den slawischen Nachbarvölkern neu beleben und, bei einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen verewigen.

Die Grundlage einer friedlichen Regelung ist und bleibt aber die Aussöhnung und die Verständigungsbereitschaft zwischen den Völkern. Für Deutschland ist der Zeitpunkt gekommen, eine neue Ostpolitik zu formulieren, die diesen Grundsätzen Rechnung trägt. Auf dem Parteitag der CDU hat der wiedergewählte Landesvorsitzende Franz Josef Strauß nach einer neuen Deutschlandinitiative der Westmächte gerufen. Wenngleich ein solcher Schritt zu begrüßen wäre, muß man sich doch die Frage vorlegen, ob es den Amerikanern, Engländern und Franzosen auf die Dauer zugemutet werden kann, "deutscher" zu sein als die Deutschen selbst. Mit anderen Worten: Die Initiative muß doch wohl zunächst in Form konkreter Vorschläge und Vorstellungen von deutscher Seite ausgehen.

Einen solchen Vorschlag stellt der Plan des Präsidenten des BfV, Dr. h.c. Wenzel Jaksch, MdB, dar, der eine wirtschaftliche Zusammenar-

beit zwischen den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Staaten Ost- und Mitteleuropas vorsieht. Wenn der CSU-Vorsitzende Strauß, unter Anspielung auf die Jaksch-Studie, erklärte, man könne durch wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen nicht Diktaturen in Demokratien umwandeln, so hat er damit lediglich bekundet, daß er dieses Problem in seinem vollen Umfang noch nicht erkannt hat. Demgegenüber hat auf dem gleichen Parteitag der bayerische Ministerpräsident mehr Spürsinn für die Möglichkeiten eines solchen Projekts bewiesen. Dr. Alfons Goppel hat nämlich Bayern mit Österreich-Ungarn verglichen und von der politischen und kulturellen Aufgabenstellung gegenüber Südosteuropa gesprochen. Im gleichen Zusammenhang forderte Goppel die Bundesregierung auf, dem Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals Vorrang einzuräumen.

Für die Lösung der deutschen Frage gibt es nur zwei große Alternativen: 1. Gewaltsame Lösungen wie Krieg oder Revolution in den kommunistisch beherrschten Ländern. 2. Friedliche Änderungen wie eine revolutionäre Entwicklung oder wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im Hinblick auf die gegenwärtige Waffentechnik scheidet die kriegerische Auseinandersetzung von vornherein aus, ganz abgesehen davon, daß wir den Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich ablehnen. Und nach den Erfahrungen in Ungarn sind Volksaufstände weder zu erwarten, noch erscheinen sie ratsam. Es bleibt also nur die friedliche Regelung.

Der Vorschlag von Jaksch, der als erste Stufe die Bereitstellung finanzieller Mittel aus dem Westen und die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Osten, den Abbau von Mißtrauen und Gemeinschaftsprojekte zum Nutzen aller beteiligten Völker vorsieht, erscheint uns der realistischste, der beste Vorschlag zu einer Friedensregelung in Europa zu sein.

Dieser Vorschlag und die in der Denkschrift Willy Brandts über die Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern enthaltenen Anregungen gehen über die Tagespolitik hinaus, sind richtungweisend für eine solide deutsche Ostpolitik.

Unruhiges Spanien

Studenten als Schrittmacher für mehr Freiheit

Rw - Seit über zehn Jahren gibt es in Spanien Streiks, obwohl der Streik nach der Gesetzgebung des totalitären Staates verboten ist, seit über zehn Jahren flammen immer wieder Protestbewegungen der studentischen Jugend auf. Es gab lange Pausen zwischen den einzelnen Perioden solcher Demonstrationen. Es gab auch viele und strenge Maßnahmen, Deportationen in ferne und von Erwerbsmöglichkeiten keineswegs geeignete Landesteile oder Gefängnisstrafen. Trotzdem sind diese Bewegungen in den letzten zwei Jahren intensiver geworden. Bei den Arbeitern trägt hierzu bei, daß die Emigration nach Frankreich, Schweiz und Deutschland das Selbstbewusstsein der im Lande verbliebenen Arbeitskräfte gesteigert hat und die Abhängigkeit, vor allem der Landarbeiter von den Besitzern unermesslicher, aber schlecht bestellter Ländereien im Süden gemindert hat. Auch die Kleinbauern, die auf kargen und trockenen Böden kein Auskommen finden, gehen ins Ausland, sehen, hören und erleben, daß das Leben des arbeitenden Menschen nicht nur ein Lavieren zwischen langsamem Verhungern und Arbeit an verschiedenen Arbeitsplätzen sein muß.

Bei den Studenten sind die Wurzeln des steigenden Selbstbewusstseins mehr in der Durchbrechung der geistigen Abschließung Spaniens zu suchen. Immer mehr Fremde kommen ins Land, bringen außer Devisen auch Gedanken und Erfahrungen mit sich, die die Wißbegierde junger Menschen anregt. Manch einer geht als Werkstudent ins Ausland, und alle sind sich darüber klar, daß die korrupte und engbegrenzte Hierarchiewirtschaft des totalitären Staates den jungen Akademikern keine Zukunft bietet, wie sie außerhalb Spaniens in der modernen Welt geboten werden.

Auch hier reagierte die Staatsgewalt mit den Mitteln der Unterdrückung, Verhaftungen, gelegentlichen Gefängnisstrafen oder Streichung der Immatrikulation, die für wenig begüterte Studenten oftmals das Ende der akademischen Laufbahn bedeutet. Aber man ist sich in der Regierung auch darüber im klaren, daß polizeiliche Maßnahmen und die Justiz, die sich zunehmend zu verselbständigen sucht, nicht ausreichen. So wurde demnächst überraschend schnell eine Reform des offiziellen Studentenverbandes SEU durchgeführt. So etwas ist relativ einfach in einem Staat, in dem Gesetzgebung und vollziehende Gewalt, wie in Franco-Spanien, praktisch in den Händen eines einzigen Mannes liegen. Das neue Statut der offiziellen Studenten-Organisation beginnt daher, nach einer Einleitung über allgemeine Grundsätze, mit dem klassischen Satz: "Ich ordne an ..."

Was der Führer Spaniens anordnet, kann man, trotz des langen Textes, in wenigen Worten umschreiben. Die Studenten dürfen nunmehr ihre leitenden Funktionäre wählen, in den einzelnen Fakultäten und für die einzelnen Fachrichtungen sogar Lenkungsausschüsse für einzelne Gebiete und das ganze Land. Die Demokratisierung sei sehr weitgehend, schreibt "ABC"-Madrid und unterstreicht, daß sich die Regierung nur die Ernennung einer einzigen Person vorbehalte. Sie bestimmt einen Kommissar, der die "Verbindung" zwischen Staat und Studenten-Organisation herzustellen hat.

Welches die Rolle dieses Kommissars sein wird, geht nicht unmittelbar aus dem Text des neuen verordneten Statuts hervor. Aber man kann das aus den übrigen Bestimmungen herauslesen, die besagen, daß diese Organisation selbstverständlich auf den Grundsätzen der "Bewegung" aufgebaut sein muß, daß Studenten sich mit ihren Studien und nicht etwa mit Politik zu beschäftigen haben. In den - zweifellos von oben inspi-

rierten Kommentaren - wird dann noch recht deutlich gesagt, die Studenten sollen lernen, die Professoren sollen lehren, und sonst nichts. Studienpläne dürfen diskutiert werden, und in der Fürsorgekasse sind die Studenten nun ebenso vertreten, wie in den Verwaltungsausschüssen der Universitäten; die bekanntlich vom Unterrichtsministerium unmittelbar geleitet werden.

Dieses Dekret, das der Gesamtheit der so gestalteten Studentvertretung auch den alten Namen SEU beläßt, der unter den aufsässigen Studenten keinen guten Namen hat, wird in seiner Anwendung sicher noch Überraschungen bringen. So ist beispielsweise nicht gesagt, wie sich das leitende Kommissariat zusammensetzen wird. Man kann annehmen, es wird umfangreich sein.

Die hier zutage tretende Taktik ist die gleiche wie bei dem neuen Vereinsgesetz. Nachdem man die Vergehen gegen die Staatsordnung vor der Militärgerichtsbarkeit in die Hände eines eigenen Gerichts für die öffentliche Ordnung gelegt hat, dient das Vereinsgesetz unzweideutig dazu, den Richtern keine zu nachsichtige Beurteilung der Vergehen offen zu lassen. Was nicht sein kann und nicht sein darf, ist eindeutig festgelegt. Politik und politische Entscheidungen sind nach wie vor der "Bewegung", mit anderen Worten dem Staatschef und seinen folg samen Technokraten vorbehalten.

Glosse:

Abendländisches Potpourri

r - "Bei alledem wissen wir, daß Moskau ein Platz Europas ist und wir mit dem russischen Volk noch manches zu bereinigen haben. Wir können nicht so tun, als ende Europa an Mauer und Todesstreifen mitten in Deutschland, als gehe uns das Schicksal der Völker Ost- und Mitteleuropas nichts an, als sei die kommunistische Herrschaft über diese Völker Europas nicht auch eine Folge Hitlers. Wir sind diesen Völkern verpflichtet .." (Barzel auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf)

Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unrichtiges wird miteinander vermengt. Die Tirade mag vielen Parteitagsteilnehmern wie Sphärenmusik längst vergangener und jüngster Zeiten in den Ohren geklungen haben. Großdeutsche Anklänge und politisches Missionsgerede sind in diesen Worten kaum voneinander zu trennen. So werden die Pfähle mit dem Strochwisch daran gesetzt und der Holzweg endet dann - so war es gar nicht gemeint. Die Polen und Tschecken wissen ohnehin, was solches bedeuten kann. So oder so, Herr Barzel vermengt das eine mit dem anderen und serviert die "abendländische" Brühe zu einem Gericht, das die anderen nicht schlucken werden.

In der lähmenden Langweile dieses Parteitages verhüllte das oratorische Crescendo die politischen Nichtigkeiten des Herrn Barzel. Mögen Worte und Attitüden des Redners, wie Töne aus des Knaben Wunderhorn den irritierten Teilnehmern geklungen haben, zur Klarheit und zur Meisterung der Probleme hat es nicht beigetragen. Das mag auch das "Phänomen" Barzel, in der Relativierung zu seiner Umgebung, erklären. Wunderkerzen mögen einem CDU-Parteitag als Notbeleuchtung genügen, Leuchttürme können sie nicht ersetzen.